

Forderung eines Handlungskonzepts der CAU gegen (extrem) rechte Einflussnahme

Der gesamtgesellschaftlicher Rechtsruck – auch in Schleswig-Holstein

Westliche Demokratien erleben seit mehr als einem Jahrzehnt einen deutlichen Rechtsruck. Während die AfD bei der Bundestagswahl 2025 ihr bisher bestes Ergebnis erzielte (Bundesausschuss, 2025), wurde sie in einigen Bundesländern vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestuft (NDR, 2026; Süddeutsche Zeitung 2021). Darüber hinaus belegen Studien eine schleichende Normalisierung rechtsextremer Einstellungen: So stimmen erschreckende 19,8 Prozent der Bevölkerung nationalistischen Aussagen zu, ausländerfeindliche Einstellungen stiegen in Westdeutschland von 12,6 auf 19,3 Prozent (FES, 2025; Decker et al., 2024).

Unter Rechtsextremismus wird die Gesamtheit von Einstellungen und Verhaltensweisen verstanden, die von einer Ungleichwertigkeit von Menschen ausgehen und demokratische Strukturen ablehnen (Jaschke, 2001, S. 30; bpb, o. D.). Er beginnt also nicht erst bei Gewalt, sondern zeigt sich in Alltagsdiskriminierung, menschenfeindlichen Narrativen und der Unterwanderung demokratischer Räume.

In Schleswig-Holstein verzeichnet der Verfassungsschutzbericht 2024 mit 2.677 politisch motivierten Straftaten einen historischen Höchstwert (+54,3 % im Vergleich zu 2023). Im Bereich Politisch motivierter Kriminalität - rechts - stiegen die Fälle auf 1.516 (+55,5 %); allein in Kiel wurden 309 Taten gezählt (+52,2 %) (Innenministerium SH, 2025a). Das ZEBRA-Monitoring 2025 dokumentiert, dass rassistisch motivierte Taten erneut rund 70 Prozent aller von ZEBRA erfassten Vorfälle ausmachten – und warnt: Die extreme Rechte werde in SH „immer stärker“, das gesellschaftliche Klima verschlechtere sich (ZEBRA, 2026). Diese Entwicklung hält auch vor dem Hochschulcampus nicht inne.

Rechtsextreme Einflussnahme an Hochschulen: Bundesweit und an der CAU

Hochschulen sind Orte des Lernens, der Reflexion und Kritik. Forschung und Lehre sind dabei keineswegs politikfreie Räume, sondern haben eine wichtige wegweisende gesellschaftliche Funktion. Erschreckenderweise häufen sich Bundesweit Berichte über rechtsextreme Einschüchterungen und Rekrutierungsversuche bis hin zu physischer Gewalt auf Campusgeländen (taz, 2025; RUB, 2025). Der Bundesverband RIAS dokumentierte 2024 an deutschen Hochschulen 450 antisemitische Vorfälle: Eine Verdreifachung gegenüber 2023; Ein BMBF-gefördertes Forschungsprojekt (Rex-WiHo) stellt fest, dass deutschen Hochschulen „klare Leitlinien zum Umgang mit rechtsextremer Einflussnahme am Campus“ fehlen (Uni Marburg, 2024). Auch an der CAU häufen sich die Vorfälle: von Rekrutierungsversuchen auf dem Campus über verfassungsfeindliche Sticker und Schmierereien bis hin zu rassistischer Beleidigung, queerfeindliche Anfeindungen und Gewalt (Studis gegen Rechts Kiel, 2025; Anfrage Stabsstelle Diversität).

Die Daten sind eindeutig: Auch die CAU ist vor Rechtsextremismus nicht gefreit.

Ein Handlungskonzept ist nicht optional – es ist geboten

Die CAU hat sich selbst in ihrem Leitbildern zur Demokratie, Forschungsfreiheit und Diversität verpflichtet. Wer Vielfalt, kritische Auseinandersetzung und demokratische Teilhabe als Leitbild

formuliert, muss dieses Versprechen auch einhalten, und nachhaltige Lösungen entwickeln. Eine Universität, die bei rechtsextremer Einflussnahme untätig bleibt, schützt nicht nur nicht ihre Werte, sondern verrät sie. Das betrifft jeden, der hier lehrt, forscht oder studiert: Rechtsextreme Einflussnahme schränkt die Freiheit des Denkens ein, vergiftet das Klima des offenen Austauschs und macht den Campus für Menschen, die gezielt angegriffen werden, zu einem unsicheren Ort. Eine Hochschule, die das duldet, hat ihren Bildungsauftrag nicht verstanden.

Demokratische Strukturen und Wissenschaftsfreiheit stehen dabei gleichermaßen unter Druck: In Sachsen-Anhalt, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern haben AfD-Fraktionen Gesetzentwürfe zur Abschaffung oder Schwächung der studentischen Selbstverwaltung eingebracht (Studierendenrätekonferenz, 2026; fzs, 2026). Gleichzeitig versucht die extreme Rechte bundesweit, die Freiheit der Wissenschaft selbst zu unterwandern. Gezielt ins Visier genommen werden dabei Forschungsfelder wie Gender Studies (AFD Bundestag, 2026), Klimaforschung oder Migrationsforschung (Kortmann 2025), deren Ergebnisse politisch unbequem sind. Wer heute schweigt, gibt diesen Angriffen Raum.

Während die CAU noch wartet, handeln andere Universitäten bereits: Die BTU Cottbus-Senftenberg hat Ende 2022 das bundesweit erste Handlungskonzept gegen (extrem) rechte Einflussnahme verabschiedet (Radvan & Dyhr, 2023) und betreibt seit dem Wintersemester 2024/25 eine institutionelle Monitoringstelle. Die Universität Potsdam hat eine eigene AG Hochschule gegen Rechtsextremismus eingerichtet; die Ruhr-Universität Bochum entwickelte nach gehäuften Vorfällen ein dezidiertes Maßnahmenpaket (RUB, 2025). Auch die CAU muss nun in ein verbindliches, ressourcenstarkes Handlungskonzept auf den Weg bringen!

Unsere Forderung: Ein verbindliches Handlungskonzept für die CAU

Das Studierendenparlament der CAU fordert das Präsidium auf, unverzüglich ein umfassendes, partizipativ erarbeitetes Handlungskonzept gegen (extrem) rechte und antidemokratische Einflussnahme zu entwickeln und umzusetzen. Es soll insbesondere folgende Elemente umfassen:

Proaktive Positionierung. (Extrem) rechte Einflussnahme muss als institutionelles Problem benannt werden. Öffentliches Schweigen ist keine Neutralität.

Parteilichen Positionierung auf Seiten der Betroffenen in Form von ideeller und materieller Unterstützung.

Durchführung von Präventionsmaßnahmen. Dies können zum Beispiel Sensibilisierungs-Workshops, Antipopulismus-Angebote, Fortbildungen sein, die eine aktive Thematisierung vorantreiben.

Stärkung der Beratungsstruktur. Ausweitung und Finanzierung von Beratungsangeboten zu Antidiskriminierung und Schaffung vertraulichen Anlaufstellen für alle Betroffenen an der Universität.

Jährliches öffentliches Lagebild. Ein anonymisiertes Monitoring rechtsextremer Vorfälle auf dem Campus, veröffentlicht nach dem Vorbild der BTU Cottbus-Senftenberg.

Didaktische Handreichung und Fortbildungen. Lehrende und Studierende brauchen konkrete Unterstützung im Umgang mit rechtsextremen Interventionen in Lehrveranstaltungen, Veranstaltungen und Gremien.

Schutz für demokratisches Engagement. Wer sich für demokratische Werte einsetzt, darf dafür keine akademischen oder beruflichen Nachteile erleiden. Die CAU muss klare Schutzgarantien wie Absicherung vor Sanktionierung und Exmatrikulation aussprechen und Räume für die demokratische Gestaltung der Uni schaffen.

Partizipative Entwicklung. Das Konzept muss gemeinsam mit Studierenden, Betroffenengruppen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen erarbeitet werden.

Andere Institutionen stärken bereits ihre Resilienz gegen (extrem) rechte Einflussnahme. Jetzt ist es auch für die CAU Zeit zum Handeln: wir brauchen ein verbindliches Handlungskonzept gegen (extrem) rechte Einflussnahme, das allen Universitätsangehörigen signalisiert: diese Hochschule steht hinter euch beim Kampf für die gelebte Demokratie. Wir fordern das Präsidium auf, diesen Schritt zu gehen.

Literaturverzeichnis

- AFD im Bundestag (abgerufen am 02.06.2026) Bildung und Forschung <https://afdbundestag.de/portfolio-items/schule-hochschule-und-forschung/>
- Antidiskriminierungsstelle des Bundes. (2020). Bausteine für einen systematischen Diskriminierungsschutz an Hochschulen. https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/Expertisen/bausteine_f_e_systematischen_diskrimschutz_an_hochschulen.pdf
- Bundesamt für Verfassungsschutz [BfV]. (2025). Verfassungsschutzbericht 2024 – Zahlen und Fakten: Rechtsextremismus. https://www.verfassungsschutz.de/DE/themen/rechtsextremismus/zahlen-und-fakten/zahlen-und-fakten_node.html
- Bundesministerium für Bildung und Forschung [BMBF]. (2025, 9. April). 2. Schnellbefragung zu Antisemitismus an Hochschulen [Pressemitteilung]. <https://www.bmbf.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2025/04/090425-PK-Schnellbefragung-Antisemitismus.html>
- Bundeswahlausschuss. (2025, 14. März). Endgültiges Ergebnis der Bundestagswahl 2025 festgestellt. Deutscher Bundestag. <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2025/kw11-bundeswahlausschuss-1056272>
- Bundeszentrale für politische Bildung [bpb]. (o. D.). Was ist eine rechtsextreme Einstellung, und woraus besteht sie? <https://m.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/198945/was-ist-rechtsextreme-einstellung-und-woraus-besteht-sie>
- Decker, O., Brähler, E., Kiess, J. & Heller, A. (2024). Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Leipziger Autoritarismus-Studie 2024. Heinrich-Böll-Stiftung & Otto Brenner Stiftung. <https://www.boell.de/de/leipziger-autoritarismus-studie>
- Forschung & Lehre. (2023). Rechtsextremismus: Semesterstart mit Konzept gegen extrem rechte Einflüsse. <https://www.forschung-und-lehre.de/lehre/semesterstart-mit-konzept-gegen-extrem-rechte-einfluesse-6694>
- Forschung & Lehre. (2025). Antisemitismus: Vorfälle an Hochschulen haben sich verdreifacht. <https://www.forschung-und-lehre.de/zeitfragen/vorfaelle-an-hochschulen-haben-sich-verdreifacht-7122>
- freier zusammenschluss von student*innenschaften [fzs]. (2026, April). Newsletter April 2026. <https://www.fzs.de/2026/04/24/newsletter-april-2026/>
- Friedrich-Ebert-Stiftung [FES]. (2025). Die angespannte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2024/25 (Schröter, F., Hrsg.). <https://www.fes.de/mitte-studie>
- Innenministerium Schleswig-Holstein. (2025a). Verfassungsschutzbericht 2024 vorgestellt. https://www.schleswig-holstein.de/DE/landesregierung/ministerien-behoerden/IV/_startseite/Artikel2025/III/250605_verfassungsschutzbericht2024
- Innenministerium Schleswig-Holstein. (2025b). Verfassungsschutzbericht 2024 (PDF). https://www.schleswig-holstein.de/DE/landesregierung/ministerien-behoerden/IV/Service/Broschueren/Broschueren_IV/Verfassungsschutz/Verfassungsschutzbericht_2024.pdf

- Jaschke, H.-G. (2001). Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe, Positionen, Praxisfelder (2. Aufl.). Westdeutscher Verlag. Zitiert nach: bpb. <https://www.bpb.de/lernen/grafstat/rechtsextremismus/175841/m-02-13-definition-jaschke>
- Kortmann, M. (2025, 04. April). Klimaskepsis der AfD im Bundestag: Die Rolle religiöser Narrative in Zeitschrift für Religion Gesellschaft und Politik. Springer Verlag. <https://doi.org/10.1007/s41682-025-00213-x>
- Monitoringstelle BTU. (2026, 19. Mai). Präsentation: Monitoringstelle – Diversity-Tage [Foliensatz]. Brandenburgische Technische Universität.
- NDR. (18.02.2026) Verfassungsschutz: AfD in Niedersachsen "gesichert rechtsextremistisch" (O. Jürgens) <https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/verfassungsschutz-afd-in-niedersachsen-gesichert-rechtsextremistisch-niedersachsen,afd-964.html>
- Philipps-Universität Marburg. (2024). Rex-WiHo – Rechtsextremismus in Wissenschaft und an Hochschulen begegnen (BMBF-Verbundprojekt). <https://www.uni-marburg.de/de/fb06/didaktik-der-geschichte/forschung/projekte-1/aktuelle-projekte/projekt-rechtsextremismus-begegnen>
- Radvan, H. & Dyhr, S. (2023). Handlungskonzept gegen (extrem) rechte Einflussnahme an der BTU Cottbus-Senftenberg: Sensibilisiert. Positioniert. Engagiert. BTU Cottbus-Senftenberg. https://www-docs.b-tu.de/fg-methoden-theorien-sozialarbeit/public/handlungskonzept/Handlungskonzept-gegen_extrem_rechteEinflussnahme-an-der-BTU_RZ-14.pdf
- RIAS Bundesverband. (2025). Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2024 – Jahresbericht. https://report-antisemitism.de/documents/04-06-25_RIAS_Bund_Jahresbericht_2024.pdf
- Ruhr-Universität Bochum [RUB]. (2025, 14. Januar). Was die RUB gegen rechtsextreme Aktivitäten auf dem Campus unternimmt. RUB Newportal. <https://news.rub.de/hochschulpolitik/2025-01-14-interview-was-die-rub-gegen-rechtsextreme-aktivitaeten-auf-dem-campus-unternimmt>
- Studierendenrätekonferenz SH/SA & GEW. (2026). Abschaffung der verfassten Studierendenschaften gefährdet demokratische Strukturen. <https://www.gew-ansbach.de/2026/05/abschaffung-der-studierendenschaften-gefaehrdet-demokratische-strukturen-an-hochschulen/>
- Studis gegen Rechts Kiel. (2026). Dringlichkeitsantrag: Handlungskonzept gegen (extrem) rechte Einflussnahme an der CAU (Drucksache 07d_830810). Studierendenparlament der CAU Kiel.
- Süddeutsche Zeitung (2021) Markus Balser. Höckes AfD-Landesverband ist "erwiesen rechtsextrem". <https://www.sueddeutsche.de/politik/afd-verfassungsschutz-rechtsextremismus-1.5471538>
- taz. (2025). Immer mehr Nazisymbole an Universitäten. <https://taz.de/Vermeehrt-rechte-Sticker-an-Universitaeten/!6077643/>
- ZEBRA – Zentrum für Betroffene rechter Angriffe. (2026, 30. April). Monitoring rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Schleswig-Holstein 2025 .
- Zeit (2026) Niedersächsischer Verfassungsschutz darf AfD vorläufig hochstufen <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2026-06/afd-niedersachsen-verfassungsschutz-beobachtungsobjekt-gericht-gxe>